

INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]

Gesendet: Donnerstag, 30. Juni 2011 10:54

An: eva.weissenberger@kleinezeitung.at

Betreff: Sammelmeldung 30.06.2011

Anlagen: image001.jpg; Herbsttagung 2011 Von Herzen spielen.pdf



Plattform EduCare


elementare und außerschulische Bildung

Informationsdienst

<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Telefon: +43 (664) 73592265

Sie finden uns auch auf 

Elementarbildungs-Informationsblog 

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 30.06.2011 10:52:24

TOP-THEMA

[Alle Pädagogen sollen auf Masterniveau ausgebildet werden](#)

MEINUNG

["Schwarze" Pädagogik gegen das Bildungsvolksbegehren](#)

[Spindelegger hat Modul Bildung doch bestanden](#)

[Grüne Wien/Wurzer zu Schulschluss: Regierungsbeschluss zur modularen Oberstufe ist reine Farce](#)

ZUR DISKUSSION

[Ist das Ende der deutschen Schreibschrift gekommen?](#)

ALLGEMEINE ÜBERSICHTEN

[APA-Meldungen Zukunft/Wissen](#)

["Ja, es muss etwas geschehen"](#)

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK

[Elementarpädagogische Datenbank](#)

[Oberstufe: Reform soll kostenneutral möglich sein](#)

[Umfrage: Schule bereitet nicht gut für Zukunft vor](#)

[43 Prozent sorgen sich um Bildungsqualität und Zukunft der Kinder](#)

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

ELEMENTARBILDUNG

Netzwerk Elementarbildung Hessen

ELEMENTARPÄDAGOGIK

Förderungsmöglichkeiten

Lehrbuch Elementarpädagogik: Theorien, Methoden und Arbeitsfelder

ELTERN/ ELTERNBILDUNG / ELTERN ALS BILDUNGSPARTNER

Noten-Stress: Psychologin Susanne Thielicke erklärt, wie Eltern reagieren sollten

FAMILIE / FAMILIENPOLITIK

Papa-Monat wird eingeführt

Was macht eine gute Kindheit aus?

JUGENDSCHUTZ / JUGENDWOHLFAHRT

US-Richter kippen Gewaltspiel-Verkaufsverbot

MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

Studie: Bildung als Schlüssel zu Integration

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht
Inskription

Trennung zwischen Unis und PH endet

Pädagogische Hochschule OÖ

PARLAMENT UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN

VolksanwältInnen orten nach wie vor Missstände in der Jugendwohlfahrt

Externe Qualitätssicherung von Hochschulen wird vereinheitlicht

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

LeiterInnen gesucht

PädagogInnen gesucht

Kindergartenprojekt Breitenlee

Sonderkindergarten-PädagogIn gesucht

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Von Herzen spielen – Wie Kinder sich die Welt erobern

Österreich am Prüfstand - Ist unser Bildungssystem noch reformierbar?

WALDORFPÄDAGOGIK

An der Waldorf-Schule gibt's kein Sitzenbleiben

IMPRESSUM UND HINWEISE

[Abmeldung von diesem kostenlosen Service](#)

-

TOP-THEMA

Alle Pädagogen sollen auf Masterniveau ausgebildet werden

Auch KindergärtnerInnen - Kooperationen zwischen Unis und PHs werden notwendig

Die angekündigte Reform der Oberstufe an Österreichs Schulen ist nicht überall positiv aufgenommen worden. Unterrichtsministerin Claudia Schmied gibt ihren Reformwillen dennoch nicht auf. Am Dienstag präsentierte sie gemeinsam mit Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle Vorhaben im Bereich der LehrerInnen-Ausbildung.

Schmied hatte Anfang des Jahres eine Expertengruppe damit beauftragt, Empfehlungen zu formulieren. Die Vorbereitungsgruppe - unter Federführung von Andreas Schnider und Roland Fischer - legte ein 28-seitiges Papier vor, an dem nun die Minister Schmied und Töchterle weiterarbeiten wollen.

Ausbildung in drei Teilen

Die Ausbildung der Pädagogen soll in drei Teilen erfolgen. Zunächst ist ein vierjähriges Bachelorstudium zu absolvieren (im Umfang von 240 ECTS). Danach findet eine einjährige Induktionsphase statt. Der Lehrer steht bereits in der Klasse und wird in diesem Jahr von MentorInnen betreut. Nach der Induktionsphase muss das Masterstudium absolviert werden (60-120 ECTS).

Schmied wünscht sich "Beauty Contest"

Wo die Pädagogen demnächst ausgebildet werden sollen wird im Papier relativ offen gelassen. Da weder die Universitäten, noch die Pädagogischen Hochschulen (PH) derzeit eine Pädagogenausbildung für alle Altersgruppen von null bis 19 Jahren anbieten können, werden Kooperationen nötig sein. Ob diese österreichweit künftig sieben bis neun Einrichtungen unter Federführung von Uni oder PH stehen werden, soll laut Schmied ähnlich einem "Beauty Contest" regional entschieden werden.

Aufnahmeverfahren, aber keine Prüfung

Der Vorschlag der Expertengruppe sieht ein Aufnahmeverfahren im Rahmen der ersten beiden Semester vor, das dafür sorgen soll, dass nur geeignete Kandidaten zu Pädagogen ausgebildet werden. "Keine Prüfung", wie Fischer betonte, es soll sich über ein bis zwei Semester herausstellen, ob jemand als Lehrer geeignet ist oder nicht.

Bei der Ausbildung soll eine Spezialisierung auf Elementarpädagogik, Primarstufe, Pflichtschulzeit oder Oberstufe erfolgen. Erst nach Absolvierung des Masterstudiums soll man alleinverantwortlich unterrichten und unbefristet angestellt werden. Vorgesehen sind auch spezielle Modelle für Quereinsteiger, wie sie vor allem an den berufsbildenden Schulen wichtig sind.

"Prozess rasch beginnen"

Welche Einrichtungen eine Aus-, Fort- und Weiterbildung auf dem geforderten pädagogischen, didaktischen und fachlichen Niveau für alle Altersgruppen anbieten können, soll aus Sicht des stellvertretenden Leiters der Arbeitsgruppe, Roland Fischer, "der edle Wettstreit" entscheiden. Auf jeden Fall müsse der Prozess rasch beginnen, es herrsche gerade eine Aufbruchsstimmung in den Einrichtungen. "Es wäre schlecht, wenn das lange dauern würde." Schmied warf hingegen ein, dass die Empfehlungen nun politisch bewertet werden müssten. "Es wird über den Sommer sicher viele Gespräche geben."

Auch wenn die möglichen Einrichtungen nicht beim Namen genannt werden, ist aus Schmieds Sicht nur die Aufwertung von PH zu Pädagogischen Unis möglich – oder aber, dass eine Uni "Taktgeber" ist. Wie die "Fusionen durch Aufnahme in beide Richtungen" (Schmied) zwischen Unis bzw. PH aussehen und welche Einrichtungen daran beteiligt sind, wird diesen allerdings völlig frei gestellt. Mängel gebe es dabei auf beiden Seiten, wie Fischer betonte. Die PH würden sich zwar zu 100 Prozent der Lehrerausbildung widmen, allerdings auf zu geringem akademischem Niveau. Die Unis würden die Lehrerausbildung hingegen nur als "Nebentätigkeit" betreiben.

Master Titel verpflichtend

Ziel ist es aus Sicht der Arbeitsgruppe, dass in fünf bis zehn Jahren die Einrichtungen den vorgegebenen Kriterien entsprechen. Dazu gehört, dass sie vom Bachelor bis zum PhD alle akademischen Abschlüsse ermöglichen müssen. Sie müssen außerdem auch Fort- und Weiterbildung ermöglichen und die Induktionsphase, in der die Junglehrer nach dem Bachelorabschluss in Begleitung eines Mentors ins Unterrichten eingeführt werden, begleiten können.

Personal "sofort" rekrutieren

Zu den Kriterien, deren Einhaltung von einem Entwicklungsrat überprüft werden soll, gehört außerdem, dass ein Anteil von mindestens 25 Prozent der Lehrenden für eigenständige Forschung qualifiziert sein (mindestens Doktortat) und ein ebenso großer Anteil mindestens fünf Jahre in der Praxis tätig gewesen sein muss. "Wir müssen sofort anfangen, das Personal zu rekrutieren", drängte Fischer hier auf Eile. Auch ein Masterprogramm für jene Mentoren, die künftig den pädagogischen Neueinsteigern zur Seite stehen sollen, muss aus Schmieds Sicht sofort etabliert werden.

Uneinig sind sich die Minister indes in der Frage, wie weit die Autonomie der künftigen Pädagogenausbildungs-Einrichtungen gehen soll. Schmied pläht dabei auf eine Art "Bestellerprinzip", immerhin sei die öffentliche Hand zu fast hundert Prozent Dienstgeber der Absolventen; für sie sind nur im Operativen mehr Freiheiten vorstellbar. Töchterle tritt hingegen für eine Autonomie ähnlich jener der Unis ein.

<http://derstandard.at/1308679845578/Expertengruppe-empfeht-Alle-Paedagogen-sollen-auf-Masterniveau-ausgebildet-werden>

→ Siehe auch: [Trennung zwischen Unis und PH endet](#)

→ Siehe auch: [Entwurf lässt Unis und PH viele Freiheiten](#)

→ Siehe auch: [Gemeindebund protestiert gegen Studium für Kindergärtnerinnen](#)

→ Siehe auch: [Masterstudium als Pflicht](#)

MEINUNG

"Schwarze" Pädagogik gegen das Bildungsvolksbegehren

Unabhängige GewerkschafterInnen halten dagegen: Her mit den Bildungsmilliarden!

Beim Impulstreffen der LehrerInnen für's Bildungsvolksbegehren wurde Tachles geredet - nicht nur über den Reformstau und die chronische Unterfinanzierung von Kindergärten, Schulen und Unis und wie engagierte LehrerInnen das überparteiliche Bildungsvolksbegehren unterstützen können, sondern auch über die "schwarze Pädagogik", mit der nervös gewordene FCG-GÖD-Funktionäre der AHS-Gewerkschaft gegen das Bildungsvolksbegehren mobil machen. AHS-Gewerkschafter Sellner von der ÖLI-UG berichtete über den ungenierten Einsatz der Mail-Adressen von Gewerkschaftsmitgliedern für fraktions- und parteipolitische Agitation. Einen Beschluss der Gewerkschaftsleitung AHS zur Weitergabe von Mitgliederadressen an die Fraktionen hat es keinen gegeben. Obwohl ÖGB, GÖD und auch die AHS-Gewerkschaft überparteiliche ArbeitnehmerInnen-Vertretungen sind, hat der neue AHS-

Vorsitzende Quin die absolute Mehrheit der FCG-AHS dazu genützt, den Gewerkschaftsmitgliedern einen "schwarzen" Newsletter aufs Aug zu drücken.

Während die ÖLI-UG ihre bildungspolitische Unterstützung des Volksbegehrens in fraktionellen Aussendungen, Flugblättern und im "Kreidekreis" unter den KollegInnen und in der FCG-dominierten GÖD propagiert, beschränkt sich die absolute Mehrheitsfraktion in der AHS-GÖD nicht auf klar erkennbar fraktionelle Publikationen, sondern versucht einmal mehr Ressourcen der Gewerkschaft für ihre fraktions- und parteipolitischen Zwecke zu instrumentalisieren. Letzter Streich: am 19. Juni ruft der AHS-Gewerkschaftsvorsitzende zur Unterstützung der gegen das Bildungsvolksbegehren in Stellung gebrachten "schwarzen" Bildungsplattform.or.at auf. Er habe sich schon als Unterstützer eingetragen, auch weil's gegen die SPÖ-Ministerin geht und er das "seiner" AHS schuldig sei..

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen der ÖLI-UG rufen ihre KollegInnen auf, die Zeit bis zum 1. Juli für VBBI- Unterstützungsunterschriften auf Gemeinde- und Bezirksämtern zu nützen:

- Für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste.

- Für ein kinder- und menschenfreundliches Bildungssystem ohne soziale Ausgrenzung, zur bestmöglichen Förderung aller Kinder und Jugendlichen.

Das sind wir unseren SchülerInnen, den vielen engagierte PädagogInnen und uns selber schuldig - keiner Ideologie, keinem Parteauftrag und keinem sozial diskriminierenden "differenzierten" Schulsystem.

<http://www.bildungsdeck.at/news/newsdetails/article/schwarze-paedagogik-gegen-das-bildungsvolksbegehren/>

Spindelegger hat Modul Bildung doch bestanden

Die Oberstufe wird - fast - wie geplant reformiert.

Würde die Bundesregierung, die berstufe der heimischen Politik, nach dem Modulsystem arbeiten, stünde im Zeugnis des Vizekanzlers: Michael Spindelegger hat das Modul Bildungspolitik doch noch bestanden.

Die Bundesregierung beschloss gestern die berstufenreform. In Zukunft wiederholen Schüler nicht mehr ganze Klassen, nicht einmal den ganzen Jahresstoff eines Faches, sondern lernen nur mehr das Modul nach, in dem sie nicht genügt haben. Dafür nützt ein Einser in Geometrie im Wintersemester nichts, wenn man Algebra im Sommersemester nicht kapiert. Begabte ziehen Module vor, um in einzelnen Fächern früher zu maturieren und schon Univorlesungen zu belegen, während sich die Klassenkameraden noch mit dem Stoff der 7. Klasse plagen.

Genau das haben Sie in dieser Zeitung schon vor zwei Wochen gelesen? Stimmt, sehr aufmerksam - nur Spindelegger wollte das nicht verstehen. Dabei trennt bei diesem Thema nicht einmal ein ideologischer Graben die Lager: Alle wollen schlechte Schüler fördern, gute fordern und Noten nicht verschenken. Eine Revolution ist das Modulsystem nicht, dafür hätte man den Klassenverband nach amerikanischem Vorbild auflösen und ein echtes Kurssystem einführen müssen.

Also gab es ein bisschen Getue und, damit Spindelegger sein Gesicht wahren kann, wurde eine Nuance verändert: Mit drei Fünfern steigt man nicht mehr automatisch auf, sondern nur, wenn die Lehrerkonferenz zustimmt, und das nur ein Mal. Was in der Praxis keinen Unterschied bewirken wird, denn, dass ein Schüler sechs Module oder mehr noch aufholen könnte, wäre auch nach dem ursprünglichen Plan die Ausnahme von der Ausnahme geblieben. Das zeigen die einschlägigen Schulversuche: In der neuen berstufe geben fast genauso viele Schüler auf wie bisher, aber diejenigen, die bleiben, kommen schneller ans Ziel.

Eh alles paletti? Spindelegger wollte den Anwalt der Leistungsstarken spielen und hat dabei eine der wenigen Leistungen, welche die Koalition in diesem Schuljahr vorweisen kann, schlechtgeredet. Er hat den Eindruck vermittelt, Partei- sei ihm wichtiger als Bildungspolitik. Aber gut, um im Bild zu bleiben, er ist ja der Vorzugsschüler aus der 6. Klasse, der erst zu stern in die 7. versetzt wurde.

Warum ihn Werner Faymann bei der Wählerverwirrung unterstützt hat, bleibt des Kanzlers Geheimnis. Bang blickt man dem Modul Bundesheer im Wintersemester entgegen. Das haben dieses Semester beide geschwänzt.

Sie erreichen die Autorin unter
eva.weissenberger@kleinezeitung.at

<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/2774480/spindelegger-hat-modul-bildung-doch-bestanden.story>

Grüne Wien/Wurzer zu Schulschluss: Regierungsbeschluss zur modularen Oberstufe ist reine Farce

<http://www.bildungsdeck.at/news/newsdetails/article/gruene-wienwurzer-zu-schulschluss-regierungsbeschluss-zur-modularen-oberstufe-ist-reine-farce/>

ZUR DISKUSSION

Ist das Ende der deutschen Schreibschrift gekommen?

Experten erhoffen sich von der Druckschrift eine "Entlastung" für Schüler. Skeptiker fürchten jedoch die "kulturelle Verarmung".

Seit Jahrzehnten führen Pädagogen die Debatte über die richtige Schrift am Beginn der Schullaufbahn. Schreib- und Druckschrift oder doch die Grundschrift?

Da die Schüler schon heute von Beginn der fünften Klasse an in der Wahl ihrer Schriftart weitgehend frei sind, sieht der Grundschulverband den Sinn der Schreibschrift skeptisch. Hamburg ist nun das erste Bundesland, in dem die Grundschulen selbst zwischen Schreib- und Druckschrift wählen dürfen – Senat und Opposition streiten sich über die Schreibpraxis.

Option für Grundschulen

Nachdem insbesondere die CDU-Fraktion massive Kritik an einer neuen Regelung für den Schriftunterricht an Grundschulen geübt hatte, verteidigte Schulsenator Ties Rabe (SPD) die Pläne. Es handle sich lediglich um eine Option: Die Schulen könnten von Beginn des kommenden Schuljahres an selbst entscheiden, ob die Kinder der ersten beiden Klassen weiterhin Schreib- und Druckschrift lernen sollen oder nur eine Grundschrift.

Ulrich Hecker vom Bundesverband der Grundschulen entwarf mit einer Arbeitsgruppe die Grundschrift. Sie orientiert sich im Wesentlichen an gedruckten Schrifttypen, die die Schüler im Unterricht kennenlernen. Die Kleinbuchstaben verfügen meist über einen kleinen Bogen am Ende, damit sie miteinander verbunden werden können. Dies ist im Gegensatz zur Schreibschrift allerdings nicht mehr Pflicht.

Dies würde eine deutliche "Entlastung" mit sich bringen, so der Senator - sowohl für die Kinder als auch für die Lehrkräfte. Schon jetzt sei dies an "ganz vielen" Schulen gelebte Praxis. Unter dem Titel "Senator Rabe gibt Anhängern der Einheitsschule nach" schrieb Primarschulgegner und CDU-Fraktionsmitglied Walter Scheuerl am Dienstag in einer Pressemitteilung, Rabe sei einer Forderung des Grundschullehrerverbands gefolgt.

"Kulturelle Verarmung aus bildungspolitischer Ideologie"

Dieser Verein sei "von politisch links stehenden Pädagogen in der Hochzeit der '68er' gegründet" worden und habe die schwarz-grünen Primarschulpläne unterstützt. "Wir fordern Schulsenator Rabe auf, umgehend eine Korrektur des Bildungsplans zu veranlassen", so Scheuerl.

Auch Dietrich Wersich, Vorsitzender der CDU-Fraktion und im Winter selbst Interims-Schulsenator, warf der SPD "kulturelle Verarmung aus bildungspolitischer Ideologie" vor: Die gemeinsame Basis der individuellen Handschrift dürfe nicht der Beliebigkeit ausgesetzt werden.

"Zu wenige kulturstiftende Lerninhalte"

"Ohnehin gibt es nur noch viel zu wenige verbindende und kulturstiftende Lerninhalte", so Wersich. Er sprach von einer "kulturfeindlichen Haltung". Kritik äußerte auch die FDP-Fraktion: Die Kulturtechnik des Schreibens sei in Gefahr.

Rabe wiederum betonte, den neuen Bildungsplan habe Wersich im Winter selbst in Auftrag gegeben. Außerdem habe die Deputation der Schulbehörde - in der auch Vertreter der Oppositionsparteien sitzen - den Plan jüngst mit großer Mehrheit beschlossen. Die Grundschrift sei dabei nicht einmal Diskussionsgegenstand gewesen.

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article13457073/Ist-das-Ende-der-deutschen-Schreibschrift-gekommen.html>

→ Siehe auch: [Streit um Ende der Schreibschrift in Hamburg](#)

→ Siehe auch: [Keine Schreibschrift mehr für Hamburgs Schüler](#)

ALLGEMEINE ÜBERSICHTEN

APA-Meldungen Zukunft/Wissen

"Ja, es muss etwas geschehen"

Stolz verkündete ÖVP-Chef Michael Spindelegger gestern, dass es ihm gelungen sei, das Aufsteigen mit bis zu drei Nichtgenügend zu verhindern. Tatsächlich sieht eine - typisch großkoalitionäre - Kompromisslösung vor, dass es höchstens mit zwei Fünfern möglich ist, in die nächste Klasse zu kommen.

So jämmerlich ist die Bildungspolitik geworden: Ein vernünftiger Reformansatz wird nicht durchdacht. Man konzentriert sich vielmehr auf die Frage des Sitzenbleibens, die sich in der neuen Oberstufe kaum noch stellt.

Und außerdem: Zuerst verständigen sich SPÖ- und ÖVP-Vertreter auf einen Reformentwurf. Wenig später fällt dem Chef der Volkspartei auf, dass dieser in seinen Reihen nicht gut ankommt. Und zuletzt verkauft er eine kosmetische Änderung in einer Nebenfrage als Verhandlungserfolg.

"In der Bildungspolitik muss etwas geschehen, wir müssen aus der Enge heraus", verkündet der steirische ÖVP-Obmann Hermann Schützenhöfer. Recht hat er. Auch mit seinem Aufruf, das Bildungsvolksbegehren zu unterstützen.

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110628_OTS0354/vorarlberger-nachrichten-kommentar-ja-es-muss-etwas-geschehen

**BILDUNG,
BILDUNGSPLANUNG,**

BILDUNGSPOLITIK

Elementarpädagogische Datenbank

Oberstufe: Reform soll kostenneutral möglich sein

Die neuen Lernbegleiter bringen Mehrausgaben, diese sollen aber durch die Einsparungen durch weniger Klassenwiederholungen gedeckt sein.

http://diepresse.com/home/bildung/schule/673775/Oberstufe_Reform-soll-kostenneutral-moeglich-sein?_vl_backlink=/home/bildung/schule/669923/index.do&direct=669923

Umfrage: Schule bereitet nicht gut für Zukunft vor

Nur jeder dritte Befragte glaubt, dass das heimische Bildungssystem eine gute Vorbereitung auf die Zukunft bietet. Die größte Skepsis gibt es in Kärnten.

http://diepresse.com/home/bildung/schule/673696/Umfrage_Schule-bereitet-nicht-gut-fuer-Zukunft-vor?_vl_backlink=/home/bildung/index.do

→ Siehe auch: [Schul-Umfrage sorgt für Kummer in Kärnten](#)

43 Prozent sorgen sich um Bildungsqualität und Zukunft der Kinder

43 Prozent von rund 2.400 Teilnehmern einer Online-Umfrage machen sich Sorgen, wenn Sie an die Bildungsqualität und die Zukunft der Kinder denken - ein "stilles Drama" für Reinhold Henke von Henke euroSEARCH, das die Umfrage in Zusammenarbeit mit dem vom Industriellen und Ex-Vizekanzler Hannes Androsch initiierten Bildungsvolksbegehren durchgeführt hat. Am Beginn der letzten Woche, in der Unterstützungsunterschriften für das Volksbegehren gesammelt werden können (bis 1. Juli), appellierte Androsch am 27. Juni bei einer Pressekonferenz in Wien, dass "möglichst viele unterschreiben gehen".

Wenig berauschend ist das Zeugnis, das die Teilnehmer der Online-Umfrage dem österreichischen Bildungssystem ausstellen. Die besten Noten (Einser und Zweier) bekommen die Beschäftigungschancen und die Lehrergehälter, die schlechtesten Noten (Vierer und Fünfer) die Bildungsausgaben sowie Leistung und Motivation von Eltern und Lehrern. Insgesamt beurteilen 27 Prozent das österreichische Bildungssystem mit "Sehr gut" und "Gut", 41 Prozent dagegen mit "Genügend" und "Nicht Genügend".

Geteilte Meinung zum Sitzenbleiben

Beim derzeitigen Reizthema der Bildungspolitik, dem Sitzenbleiben, sind 40 Prozent für die Abschaffung, 34 sehen Vor- und Nachteile und 17 Prozent sind dagegen. Mehr als jeder Zweite (53 Prozent) ist für eine gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen, 33 Prozent sind dagegen. Ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen erachten 75 Prozent für wichtig.

Androsch bezeichnete es als "humanistisches Anliegen", ein zeitgemäßes, modernes Bildungssystem mit Chancengleichheit zu schaffen. Notwendig sei dafür ein "nationaler Schulterschluss", "wir brauchen eine Bildungsrepublik, wie das andere vergleichbare Länder längst geschafft haben". Von der Bundesregierung wünscht sich Androsch, dass sie die Punkte des Bildungsvolksbegehrens zu ihrem Programm macht und diese auch umsetzt. Die derzeitige Diskussion um das Sitzenbleiben wollte er nicht bewerten, "ein Schritt vor und zwei zurück führen aber nicht zum Ziel".

Kommende Woche wird feststehen, wie viele Personen ihre Unterstützungserklärung für das "Volksbegehren Bildungsinitiative" abgegeben haben. Diese Unterschriften werden dann am 11. Juli

im Innenministerium eingereicht, die Eintragungswoche wird dann - je nach Entscheidung des Innenministeriums - zwischen Ende September 2011 und Ende Jänner 2012 stattfinden.

Die Initiatoren fordern "ein faires, effizientes und weltoffenes Bildungssystem, das so früh wie möglich alle Begabungen des Kindes fördert und Schwächen ausgleicht, autonome Schulen ohne Parteieneinfluss, eine leistungsdifferenzierte, hochwertige gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht und ein Angebot von ganztägigen Bildungseinrichtungen, eine Aufwertung des LehrerInnen-Berufs und die stetige Erhöhung der staatlichen Finanzierung für Unis auf 2 Prozent des BIP bis 2020".

<http://www.studium.at/77650-43-prozent-sorgen-sich-um-bildungsqualitaet-und-zukunft-der-kinder>

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN



VOLKSBEGEHREN BILDUNGSINITIATIVE

NUR NOCH HEUTE UND MORGEN WERDEN UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNGEN GESAMMELT!

es sind nur mehr zwei Tage, nämlich **heute** und **morgen**, an denen österreichweit in Gemeindeämtern und Magistratischen Bezirksämtern Unterstützungserklärungen für das „Volksbegehren Bildungsinitiative“ gesammelt werden. Den Kindern unseres Landes die bestmöglichen Zukunftschancen zu ermöglichen, ist das Ziel des „Volksbegehren Bildungsinitiative“. Und das ist es doch wert, selbst auf das Gemeindeamt oder Magistratische Bezirksamt zu gehen und dort eine Unterstützungserklärung zu unterschreiben und auch andere davon zu überzeugen, dies zu tun.

Anbei die Unterstützungserklärung und das Infoblatt zum Download. Bitte verwenden Sie es entweder selbst - falls Sie noch nicht unterschrieben haben - oder verteilen Sie es in Ihrem Umfeld!

Ganz wichtig: Die Unterstützungserklärung zählt schon zum Gesamtergebnis des Volksbegehrens. D.h. wer jetzt unterschreibt, braucht im Herbst nicht noch einmal zu unterschreiben!

ÖSTERREICH DARF NICHT SITZEN BLEIBEN!

ELEMENTARBILDUNG

Netzwerk Elementarbildung Hessen

Was bedeutet „Netzwerk Elementarbildung“?

In den letzten Jahren ist der Bildung in der Frühen Kindheit der Elementarpädagogik eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Das Kompetenznetzwerk Elementarbildung Hessen hat sich zum Ziel gesetzt, die bestehenden Kompetenzen in Aus- und Weiterbildung sowie Praxis und Forschung aufeinander zu beziehen und weiterzuentwickeln. Angesprochen und eingeladen sind alle Personen, die sich mit der Förderung, Bildung und Erziehung von Kindern beschäftigen.
Wer steht dahinter?

Der Aufbau des Netzwerkes (2010-2011) wird durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert und hat seinen Sitz an der Justus-Liebig-Universität Gießen - Abteilung Pädagogik der Kindheit

Prof. Dr. Norbert Neuß;

Kontakt und Ansprechpartnerin:

Dipl.-Päd. Anja Krassa

Welche Ziele hat das Netzwerk?

- Kooperation und Vernetzung der vier hessischen Studiengänge im Bereich Früh-/Elementarpädagogik untereinander und mit anderen Ausbildungsstätten.
- Kooperation mit regionalen Institutionen frühkindlicher Bildung (Fachberatungen, Trägern u. a.). Förderung der Bildungsqualität im Elementarbereich durch innovative Aktivitäten im Bereich der Aus- und Weiterbildung und des interdisziplinären wissenschaftlichen Austausches
- Aktuelle landesspezifische Themen aufgreifen und fachlich weiterentwickeln (z. B. in Form von Tagungen, Ringvorlesungen, Ausstellungen, Lehrmaterialien usw.).
- Interdisziplinäre Forschungsvorhaben initiieren und umsetzen.
- Wissenschaftliche Weiterbildung in der Elementarbildung, Entwicklung von Weiterbildungsstudiengängen

→ [Übersicht der Aktivitäten des Netzwerkes Elementarbildung in den Jahren 2009-2011](#)

ELEMENTARPÄDAGOGIK

Förderungsmöglichkeiten

Lehrbuch Elementarpädagogik: Theorien, Methoden und Arbeitsfelder

http://books.google.com/books?id=Tzh1itOZ6S8C&source=gbs_similarbooks_s&cad=1

ELTERN/ ELTERNBILDUNG / ELTERN ALS BILDUNGSPARTNER

Noten-Stress: Psychologin Susanne Thielicke erklärt, wie Eltern reagieren sollten

Heute gibt es Schulzeugnisse. Wie Eltern auf schlechte Noten reagieren sollten, sagte Susanne Thielicke, Diplom-Psychologin der Schulpsychologischen Beratungsstelle an der Förderschule in Luckenwalde, im Gespräch mit Aglaja Adam

MAZ: Das Kind kommt nach Hause und der Blick auf das Zeugnis ist eine Enttäuschung. Wie sollte man auf den Schreck reagieren?

Susanne Thielicke: Kein Kind will schlecht sein. Daran sollten die Eltern unbedingt denken. Und kein Zeugnis besteht nur aus Fünfern und Sechsern. Deshalb gilt: Die positiven Leistungen würdigen und erstmal loben. Alle Kinder brauchen Anerkennung. Viele haben Angst, wegen schlechter Noten für dumm gehalten zu werden. Das ist nicht gut für das Selbstvertrauen.

Und wie spricht man die schlechten Zensuren an?

Thielicke: Keine Affekthandlung! Ist die Enttäuschung groß, dann sollten sich die Eltern eine kurze Auszeit gönnen, bevor sie ungerechte Vorwürfe machen. Sinnvoll ist eine konstruktive Diskussion mit dem Kind: Was ist nicht so gut gelaufen im Schuljahr? Woran lag das? Denn schlechte Noten haben ihren Grund.

Dürfen leistungsschwache Kinder unbeschwerte Ferien genießen, oder sollten Nachhilfe und Pauken auf dem Programm stehen?

Thielicke: Das Zeugnis darf natürlich nicht nur heute Thema sein und dann sechs Wochen totgeschwiegen werden. Aber Nachhilfeinstitute haben über den Sommer zu. Die Ferien sollten dazu genutzt werden, ohne Druck zusammen mit dem Kind einen Plan zu entwickeln: Was genau wollen wir künftig besser machen? Welche Hilfen brauchst du? Ein gemeinsamer Blick in Hefte und Ordner kann zeigen, wo der Faden verloren gegangen ist und sich die Lücken bildeten.

Und wie können die Ferien konkret genutzt werden, damit es im nächsten Schuljahr besser läuft?

Thielicke: Dem Kind Zuwendung und Zeit schenken. Wenn es beispielsweise beim Lesen noch hapert, könnte man zusammen ein Buch kaufen und gemeinsame Lesezeiten einführen. Hier wäre darauf zu achten, dass das Buch nicht zu schwierig ist, damit die Lust nicht verloren geht.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12117472/61939/Noten-Stress-Psychologin-Susanne-Thielicke-erklaert-wie-Eltern.html>

FAMILIE / FAMILIENPOLITIK

Papa-Monat wird eingeführt

Der Papa-Monat, seit Jahresbeginn für Väter im Bundesdienst bereits Realität, wird in einigen Bundesländern für Landesbeamte umgesetzt.

http://diepresse.com/home/bildung/erziehung/673641/PapaMonat-wird-in-Wien-eingefuehrt?_vl_backlink=/home/bildung/index.do

Was macht eine gute Kindheit aus?

Ob Feriencamp, Flötenunterricht oder die dringend benötigte Nachhilfe: Für viele Kinder sind solche Aktivitäten unerschwinglicher Luxus. Und nicht nur das - sie sind sich ihrer materiellen Situation auch stark bewusst. Jedes sechste Kind aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen berichtet, sie hätten in ihren Familien nicht genügend Geld für alles, was sie brauchen, so das Ergebnis einer aktuellen Studie.

<http://www.morgenpost.de/familie/article1686987/Was-macht-eine-gute-Kindheit-aus.html>

JUGENDSCHUTZ / JUGENDWOHLFAHRT

US-Richter kippen Gewaltspiel-Verkaufsverbot

Meinungsfreiheit geht vor Jugendschutz: Das oberste US-Gericht hat ein kalifornisches Gesetz für verfassungswidrig erklärt, das den Verkauf von Gewaltspielen an Jugendliche verbietet. Ein Blick auf die Details offenbart allerdings, dass sich die Richter über die Wirkung von Videospiele nicht einig sind.

<http://www.sueddeutsche.de/digital/jugendschutz-in-kalifornien-us-richter-kippen-gewaltspiel-verkaufsverbot-1.1113378>

MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

Studie: Bildung als Schlüssel zu Integration

Beinahe 2.000 Schüler wurden im Rahmen einer Studie befragt. Man wollte vor allem wissen, auf welche Hürden Jugendliche mit Migrationshintergrund stoßen können und mit welchen Benachteiligungen sie kämpfen.

Hürden und Benachteiligungen

Bildung hat bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund einen hohen Stellenwert. Sie kennen Informationsangebote über Bildungssystem und Arbeitsmarkt und nutzen sie häufiger, aber später als andere Jugendliche.

Diese Erkenntnisse gehören zu den Ergebnissen einer Studie wurde des Instituts für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung an der Universität Linz erstellt, unterstützt vom Sozialressort des Landes berösterreich. Beinahe 2.000 Schüler der 4. Klasse Hauptschule und der Polytechnischen Schule wurden befragt.

Hoffnungen und Realität

Jugendliche mit Migrationshintergrund setzen große Hoffnung in die Bildung und sehen in ihr auch den Schlüssel zu Integration und gesellschaftlichem Aufstieg. Die Realität sieht dann allerdings oft ganz anders aus.

Schlechte Noten führen dazu, dass sie nicht in einer weiterführenden Schule angenommen werden. Vo allem Jugendliche mit türkischen Wurzeln oder jene, deren Eltern noch nicht Österreich lebten, sind oft in der dritten Leistungsgruppe und müssen sogar die Klasse vermehrt wiederholen.

Diesen Jugendlichen legen die Lehrer dann oft nahe sich für einen Lehrberuf zu entscheiden. Die Traumberufe heißen dann Elektriker, Bürokauffrau, Mechaniker oder Profisportler.

Ackerl: Eltern können oft nicht helfen

Landeshauptmann-Stellvertreter und Sozialreferent Josef Ackerl (SPÖ) meint zu den Ergebnissen der Studie, dass das Schulsystem „zu einem nicht unbeträchtlichen Teil“ darauf aufgebaut sei, dass die Eltern zu Hause mit den Kindern noch lernen. „Wenn dann ein Kind aus einer Familie mit bildungsfernen Eltern kommt, dann wird diese Hilfe nicht möglich sein“, so Ackerl.

Burschen sind die "Bildungsverlierer"

Daher forcieren man sehr stark den Förderunterricht für Deutschkenntnisse außerhalb der Schule, habe Leseprojekte gestartet und „wir müssen darauf schauen, dass wir im allgemeinen Schulsystem die Ganztagschule bekommen“, weil sich herausgestellt habe, dass aus dem Migrationsbereich nicht die Mädchen die Verliererinnen sind, „sondern die Burschen die Bildungsverlierer sind“, sagte Ackerl im Gespräch mit dem RF berösterreich.

Weiters sei es wichtig, den Jugendlichen bereits frühzeitig ein Bildungs- und Berufsberatungsangebot

zu machen.

<http://ooe.orf.at/stories/523570/>

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

Trennung zwischen Unis und PH endet

Einen verpflichtenden Master-Abschluss für alle Pädagogen und eine eigenständige Pädagogische Uni, das empfiehlt die Vorbereitungsgruppe. Ein Verfahren zur Eignungsfeststellung soll installiert werden.

In der Lehrerausbildung soll kein Stein auf dem anderen bleiben, das steht nach der Präsentation des Endberichts der Vorbereitungsgruppe zur neuen Lehrerbildung fest. Die Trennung zwischen Unis und Pädagogischen Hochschulen (PH) soll fallen, die Ausbildung auf ein Bachelor-/Master-System umgestellt und ein Verfahren zur Eignungsfeststellung installiert werden. Im Herbst 2013 soll die neue Ausbildung starten. Die Umsetzung obliegt nun der Koalition.

- Die Ausbildung: Das neue Konzept sieht vor, dass nicht nur angehende Lehrer, sondern auch Kindergartenpädagogen ein vierjähriges Bachelor- sowie ein einjähriges Masterstudium absolvieren. Nach Abschluss des Bachelors beginnt die einjährige „Induktionsphase“, in der alle angehenden Lehrer (unter fachkundiger Betreuung) bereits am Schulstandort arbeiten. Der Master kann entweder während dieser Induktionsphase oder aber auch nachher (innerhalb von fünf Jahren) absolviert werden. Passiert das nicht, so erhält der Lehrer keine Berechtigung, „auf Dauer alleinverantwortlich“ tätig zu sein. Auch das Bild der Hauptschul- bzw. AHS-Lehrer wird schon bald der Vergangenheit angehören: Künftig sollen Lehrer entweder für den Elementar- und Primarbereich (null bis zwölf Jahre) ausgebildet werden oder für den Sekundarbereich (acht bis 19 Jahre).
- Die Institution: Die Trennung zwischen Unis und PH wird es künftig nicht mehr geben. In zehn Jahren soll es nur noch sogenannte Pädagogische Unis geben. Dabei sollten sich entweder die PH zu Pädagogischen Unis weiterentwickeln, in dem sie Kooperationen mit Unis eingehen, oder umgekehrt. Um zur Pädagogischen Uni zu werden, müssen bestimmte, von einem Entwicklungsrat festgelegte Kriterien erfüllt werden. Dieser soll den Institutionen auch bei der Weiterentwicklung beistehen.
- Die Eignungsfeststellung: Geplant ist, dass Lehramtsstudenten während der ersten beiden Semester – in denen sie auch schon Praxiserfahrungen sammeln sollen – unter Beobachtung stehen. Danach sollen Beobachter und Studierende gemeinsam entscheiden, ob der Lehrberuf das Richtige für Letztere ist. Tests sind keine vorgesehen.

[http://diepresse.com/home/bildung/universitaet/673573/Trennung-zwischen-Unis-und-PH-endet?
_vl_backlink=/home/bildung/universitaet/index.do](http://diepresse.com/home/bildung/universitaet/673573/Trennung-zwischen-Unis-und-PH-endet?_vl_backlink=/home/bildung/universitaet/index.do)

Pädagogische Hochschule OÖ

APS/AHS/BAKIP-Programme online:

Den Lehrenden an AHS und BAKIP steht ein vielfältiges Angebot zur Verfügung. Wir unterstützen Lehrer/innen fachspezifisch, wie auch fächerverbindend und fächerübergreifend. Zudem bieten wir eine Vielfalt an Lehrveranstaltungen und Fortbildungsmodulen zu aktuellen didaktischen Brennpunktthemen.

Zeitgemäßes Lehren und Lernen in unserer Zeit findet differenzierte Antworten in unserem Seminarprogramm. Ebenso sind uns die Lehrenden in ihrer Rolle und ihrer beruflichen Situation und Befindlichkeit ein Anliegen.

<http://www.ph-ooe.at/fort-weiterbildung/fortweiterbildung-ehsbekip/programme.html>

PARLAMENT UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN

VolksanwältInnen orten nach wie vor Missstände in der Jugendwohlfahrt

Ausschuss setzt Beratungen über Volksanwaltschaftsbericht 2010 fort

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110629_OTS0278/volksanwaeltinnen-orten-nach-wie-vor-missstaende-in-der-jugendwohlfahrt-ausschuss-setzt-beratungen-ueber-volksanwaltschaftsbericht-2010-fort

➔ Siehe: http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0665/index.shtml

Externe Qualitätssicherung von Hochschulen wird vereinheitlicht

Bundesminister Töchterle will Hochschulpläne bis Jahresende vorlegen

Mit einer aktuellen Aussprache mit Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle zum Thema "Hochschulpläne" begann die heutige Sitzung des [Wissenschaftsausschusses](#). Auf der Tagesordnung stand auch eine [Regierungsvorlage](#), welche die Schaffung einer neuen, sektorenübergreifenden Einrichtung zur externen Qualitätssicherung des Hochschulwesens in Form der "Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria" zum Inhalt hat. Das Gesetz passierte den Ausschuss mit Zustimmung der Abgeordneten der Koalitionsparteien.

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0667/index.shtml

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

LeiterInnen gesucht

Die St. Nikolaus-Kindertagesheimstiftung sucht engagierte LeiterInnen

PädagogInnen gesucht

Die St. Nikolaus-Kindertagesheimstiftung sucht engagierte Kindergärten- und HortpädagogInnen, Region Ost, Süd & vereinzelt andere Regionen

Kindergartenprojekt Breitenlee

PädagogInnen gesucht

Sonderkindergarten-PädagogIn gesucht

Die St. Nikolaus-Kindertagesheimstiftung mit ihrem multidisziplinären Team sucht eine engagierte SonderkindergartenpädagogIn!

<http://www.kathkids.at/index.php?id=33>

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events

Von Herzen spielen – Wie Kinder sich die Welt erobern

Große Herbsttagung in Salzburg, die das (ursprüngliche) Spiel in allen seinen Facetten und Entwicklungsimpulsen als tragende Säule der Elementarpädagogik in den Mittelpunkt von Vorträgen, Diskussionen und Workshops stellt.

Wann: 12. und 13. Oktober 2011

Wo: St. Virgil Salzburg, Ernst Greinstraße 14, 5026 Salzburg

→ **Programm: siehe Einladung im Anhang!**

Österreich am Prüfstand - Ist unser Bildungssystem noch reformierbar?

Unter der Leitung von profil-Redakteur Michael Nikbakhsh diskutieren:

- Dr. Hannes Androsch, Androsch International Management Consulting
- Mag. Christoph Neumayr, Generalsekretär der Industriellenvereinigung
- Univ.Prof. Dr. Rudolf Taschner, TU-Wien, Institut für Analysis und technische Mathematik
- Abg.z.NR Dr. Harald Walser, Bildungssprecher "Die Grünen"

Wann: 4. Juli 2011 um 18.30 Uhr

Wo: Haus der Industrie, Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien

Der Eintritt ist frei. Anmeldungen unter: www.profil.at/diskussion oder diskussion@profil.at

WALDORFPÄDAGOGIK

An der Waldorf-Schule gibt's kein Sitzenbleiben

Förderung statt Auslese – ein Konzept, das sich an Waldorfschulen bereits bewährt; auch die Gemeinschaftsschule ist längst Realität

Was an den öffentlichen Schulen jetzt erstmals heiß diskutiert wird, wird an der Waldorfschule Salzburg schon seit 30 Jahren praktiziert: Ein Sitzenbleiben gibt es nicht, auch Noten sind hier nebensächlich. Motivation entsteht durch die Freude am Lernen.

<http://www.salzburger-fenster.at/redaktionell/2980-an-der-waldorf-schule-gibts-kein-sitzenbleiben.html>

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen
←

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist. ev. einem kurzen Hinweis, wo wir Sie einordnen können. Danke!